

Gebührenerhöhungen und Kürzungen

Erstmals „Giftliste“ für den Ottersberger Haushalt auf einer öffentlichen Bürgerversammlung vorgestellt

VON UWE DAMMANN

Ottersberg. Höhere Kindergartengebühren und Eintrittspreise für das Hallenbad sowie eine Erhöhung der Abwassergebühren, bei gleichzeitigen Kürzungen der Zuschüsse für Vereine und Institutionen. Weniger Geld unter anderem auch für die Jugendhäuser oder die Waldorfschule: Die „Giftliste“, die die Ottersberger Verwaltung und die Politik den Einwohnern in der Aula der Wümmeschule präsentierte, hatte es in sich.

Zum ersten Mal stellte der Rat – vor Beginn der eigentlichen Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen und im Rat – die „Liste der Grausamkeiten“ (ein Zuhörer) den Bürgern in einer Einwohnerversammlung vor. Die Vorschläge waren von Rat und Verwaltung in acht vorangegangenen internen Workshops erarbeitet worden.

„Eine Gebührenerhöhung in vielen Bereichen ist unumgänglich.“

Bürgermeister Horst Hofmann

Der Hintergrund dürfte vielen bekannt sein: Nach wie vor herrscht Ebbe in der Ottersberger Haushaltskasse. Der Schuldenberg der Kommune beläuft sich auf knapp 13 Millionen Euro, allein die Zinsaufwendungen für diese Kredite liegen bei 530 000 Euro jährlich. Auch für den Haushalt 2011 klappt eine Finanzierungslücke von 1,2 Millionen Euro im Etat. Und das obwohl die Kommune nur noch das Nötigste investiert und in diesem Jahr eine Neuverschuldung von 22 000 Euro einplant. Gesunkene Einnahmen bei der Einkommen- und vor allem der Gewerbesteuer sowie große Investitionen aus den Vorjahren sind die Ursache für dieses Haushaltsloch.

So weit die Ausgangslage: Bürgermeister Horst Hofmann blieb es dann vorbehalten – flankiert von den Fraktionsvorsitzen-

den aus dem Rat – die möglichen Einsparmaßnahmen und Gebührenerhöhungen vorzustellen. Der erste Aufreger kam gleich zu Anfang: Die Abwassergebühr soll um voraussichtlich 50 Cent auf 2,90 Euro pro Kubikmeter steigen. „Das ist unumgänglich. Wir mussten rund 15 Millionen in die Sanierung und Erweiterung des Klärwerkes investieren“, sagte Hofmann. Weitere Einnahmen verspricht sich die Gemeinde durch die Erhöhung der Eintrittspreise beim Otterbad und einer Optimierung der Auslastung. Außerdem soll ein Kassenautomat Personalkosten sparen. „Wir haben darüber diskutiert, ob wir das Bad ganz schließen. Aber letztendlich benötigen wir das Schwimmbad für den Schulsport und obendrein wird das Bad gut in der Bevölkerung angenommen“, ergänzte der SPD-Fraktionsvorsitzende Stefan Bachmann. Auch beim Betrieb der Ganztagschule soll der Zuschuss für den Mensabetrieb gekürzt werden, ebenso wie Finanz-

spritzen für die Honorarkräfte. Mögliche Einsparmaßnahmen betreffen weiter die Waldorfschule und die Gemeindebücherei, deren Sachkostenzuschüsse gekürzt werden sollen. Streichung auch bei der Finanzierung der Jugendhäuser, der Sportförderung, den Altenveranstaltungen oder beim Verein „Courage“, der ohne Unterstützung seine Arbeit für die Integration von Ausländern einstellen kann. Ein großer Posten ist weiter die Erhöhung der Kindergartengebühren. „Das ist zwar kontraproduktiv, weil wir junge Familien im Ort benötigen, aber uns wird wohl keine andere Wahl bleiben“, sagte Hofmann.

Erstaunlicherweise wurde die Streichliste von der deutlichen Mehrzahl der etwa 100 Besucher gefasst aufgenommen. Gerda Boehlcke kritisierte allerdings die Vorschläge und stellte die grundsätzliche Frage nach der Verantwortung der Kommunalpolitiker, die für die Misere mit verantwortlich sind. Andere bemängelten, dass

mit der Streichliste „das Ehrenamt kaputt gemacht wird“, obwohl das Haushaltsloch nicht damit gestopft werden könne. Rund 90 000 Euro sollen durch die Kürzung bei den freiwilligen Leistungen im Etat gespart werden. Mehrere Redner forderten stattdessen ein Konzept, wie die Kommune wieder mehr Geld in die Kasse bekommen kann. Dabei war die Vorschlagsliste breit gefächert. Ein Redner schlug vor, dass die Kommune Anleihen bei den Bürgern tätigen sollte, „ehe alles kaputt gespart wird“.

Andere mahnten den Verkauf von Immobilien und Grundstücken an. Ex-Bankdirektor Geert Mehlhop wünschte sich, dass eine aktivere Wirtschaftsförderpolitik betrieben wird. Außerdem müsse auch der bestehende Bestand an Unternehmen besser „gepflegt“ werden, so Mehlhop.

Das Ende der Haushaltsdebatte ist noch nicht in Sicht. Am 10. Februar tagt der Finanzausschuss und Anfang März soll der Rat den Etat verabschieden.

KOMMENTAR

Aktivere Wirtschaftsförderpolitik ist gefordert

VON UWE DAMMANN

Keine Wutbürger und kaum massiver Protest angesichts einer „Liste der Grausamkeiten“, die es in sich hat. Stattdessen konstruktive Vorschläge, wie die Misere zu meistern ist, und wie der Karren wieder aus dem Dreck kommen kann.

Wie sich die Ottersberger Bürger und der Rat bei der ersten öffentlichen Vorstellung der diskutierten Einsparpläne für den Haushaltsplan verhalten haben, ist bemerkenswert und war in der Form nicht unbedingt zu erwarten. Schließlich ist die Ottersberger Finanzkrise weitgehend hausgemacht und nicht vom Himmel gefallen.

Der Flecken hat schlicht und einfach in den vergangenen Jahren deutlich über seine Verhältnisse gelebt und mit dem Gymnasiumsbaus in eigener Trägerschaft sowie dem Feuerwehrhaus in Fischer-

hude, um nur zwei Beispiele zu nennen, zu viel „in Bausteine“ investiert, wie es ein Ratsherr ausdrückte. Die Folge ist ein 13 Millionen-Euro-Schuldenberg, der eine jährliche Zinsbelastung von 500 000 Euro nach sich zieht. Kritiker – auch aus den Reihen der SPD und FBO – hatten das kommen sehen und vor den Folgen dieser Investitionen gewarnt. Doch nun ist der Schuldenberg da, und die Ottersberger erweisen sich zum Glück als mündige Bürger, die gemeinsam an einer Lösung arbeiten wollen. Insofern verlief die erste Einwohnerversammlung der Gemeinde zu einem Haushaltsentwurf äußerst positiv. Weitgehend sachlich und konstruktiv kamen interessante Vorschläge, wie mehr Einnahmen in die Gemeindekasse kommen könnten. Denn nur mit Einsparungen

und Gebührenerhöhungen, das macht die von Verwaltung und Politik vorgestellte Streichliste deutlich, ist dieses große Haushaltsloch nicht zu stopfen.

Wenn alle freiwilligen Leistungen gekürzt werden, spart der Flecken gerade 90 000 Euro, dafür wird vieles von dem, was den Ort auszeichnet, mittelfristig kaputt gespart. Politik und Verwaltung müssen also grundsätzlich an das Problem herantreten. Der Vorschlag aus der Sitzung, eine deutlich aktivere Wirtschaftsförderpolitik zu betreiben und mehr Pflege und Hege der bestehenden Betriebe und der Bürger anzugehen, wäre ein Anfang. Nur so kann der Konkurrenzkampf um Unternehmen und neue Einwohner mit den Nachbargemeinden aufgenommen werden. Andere Kommunen sind da häufig viel weiter.